

Kurzbericht

Unterausschuss „Prüfung der Haushaltsrechnungen“ des Ausschusses für Haushalt und Finanzen (11. - nicht öffentliche - Sitzung am 28. August 2025)

Tagesordnung:

1. Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

Antrag der Landesregierung - [Drs. 19/6080](#)

dazu:

Jahresbericht des Niedersächsischen Landesrechnungshofs 2025 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung - Bemerkungen und Denkschrift zur Haushaltsrechnung des Landes Niedersachsen für das Haushaltsjahr 2023

Unterrichtung - [Drs. 19/7345](#)

Der Unterausschuss behandelt die folgenden in der 10. Sitzung zurückgestellten Jahresberichtsbeiträge des Landesrechnungshofs:

- Haben statt Brauchen - Hochschule schöpft aus dem Vollen
- Vorsorge gegen Afrikanische Schweinepest - hohe Verwaltungskosten, keine messbare Wirkung
- Landesbüro Naturschutz Niedersachsen - kein erhebliches Landesinteresse an der Förderung

Der Unterausschuss verabschiedet seinen Bericht an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen und empfiehlt diesem folgenden Beschluss:

1. Der Landesregierung, der Präsidentin des Landtages, dem Präsidenten des Staatsgerichtshofs und der Beauftragten für den Datenschutz wird gemäß § 114 der Landeshaushaltsordnung Entlastung für das Haushaltsjahr 2023 erteilt.
2. Der Landtag billigt gemäß § 37 Abs. 4 der Landeshaushaltsordnung nachträglich die geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Haushaltsjahres 2023.
3. Die Bemerkungen und die Denkschrift des Landesrechnungshofs zur Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023 werden, soweit sich aus dem anliegenden Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen nicht etwas anderes ergibt, für erledigt erklärt.
4. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Feststellungen und Bemerkungen im anliegenden Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zu beachten und dem Landtag bis zu den in den Beiträgen angegebenen Terminen zu berichten.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

2. Beratung von Antworten der Landesregierung zu den Haushaltsrechnungen der Haushaltsjahre 2015 bis 2022 (sogenannte Altfälle)

Der Unterausschuss berät über die sogenannten Altfälle und verabschiedet seinen Bericht an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Er empfiehlt diesem folgenden Beschluss:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die aus dem anliegenden Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen ersichtlichen Feststellungen und Bemerkungen zu beachten und dem Landtag zu den dort genannten Zeitpunkten zu berichten.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Außerhalb der Tagesordnung:

Der Unterausschuss erklärt den für den 4. September 2025 vorgesehenen Sitzungstermin für entbehrlich und kommt überein, diesen entfallen zu lassen.